Handbuch der Demokratisierung

Autor(en): **Tschudi, Tony**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **57 (1978)**

Heft 3

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-347522

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Tony Tschudi

Handbuch der Demokratisierung

Wir wissen Tony Tschudi Dank dafür, dass er es unternommen hat, auf Prof. Fritz Vilmars umfassendes Werk «Strategie der Demokratisierung» aufmerksam zu machen. Die Idee von der Demokratisierung in allen Lebensbereichen ist zwar nicht neu. Erinnert sei an den berühmten Ausspruch des frühern schwedischen Ministerpräsidenten Erlander, wonach die Sozialdemokratie mit der Forderung nach umfassender Demokratisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen erst am Anfang ihrer geschichtlichen Mission stehe. Diese Idee theoretisch zu untermauern und ihre Verwirklichungsmöglichkeiten anhand von zahlreichen Dokumeten darzulegen ist das Verdienst von Fritz Vilmar. Nach seiner Auffassung soll so anstelle der «Ein-Front-Strategie Arbeit kontra Kapital die Viel-Fronten-Strategie der Demokratisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen» treten.

Tony Tschudi ist als Gemeinderat der Stadt Zürich auch Kommunalpolitiker. Kommunalpolitik aber ist jener Teil der Politik, der am unmittelbarsten in das Leben des Einzelnen eingreift und so seine Umgebung nachhaltig beeinflusst. Darum wäre Kommunalpolitik wohl in erster Linie das Feld, auf dem zuerst die Erweiterung demokratischer Mitbestimmung erprobt werden müsste. Es bleibt zu hoffen, dass Tony Tschudi in einem spätern Zeitpunkt noch konkreter wird und aufzeigt, wo eine umfassende Demokratisierung in der Gemeinde am ehesten durchgesetzt werden kann. Ohne solche Konkretisierung besteht die Gefahr, dass das Wort von der «Demokratisierung in allen Lebensbereichen» zum Schlagwort politischer Feiertage würde. *R. L.*

Unter Demokratie versteht die herrschende Meinung eine Staatsform, in der bei Wahlen und Abstimmungen die Entscheide einer Mehrheit ausschlaggebend sind. Nun ist aber das Durchsetzen von politischen Interessen abhängig von der verfügbaren politischen und vor allem von der wirtschaftlichen Macht. Deshalb kann in diesem Staat eine Minderheit wie die 10 Prozent Unternehmer und Wohnungsvermieter die Mehrheit der von ihnen Abhängigen mühelos überstimmen. Zu diesem Zweck unterhält das Besitzbürgertum gleich mehrere politische Parteien. In enger Zusammenarbeit mit den finanzstarken Verbänden der Privatwirtschaft und den bürgerlich beherrschten Massenmedien finden sie zusammen praktisch immer eine Mehrheit unter jenen, die an Wahlen und Abstimmungen überhaupt noch teilnehmen. Die Sozialdemokratie als politische Interessenvertretung der von den Kapitalbesitzern Abhängigen ist in der Schweiz hingegen bis heute in der Minderheit geblieben, in den Parlamenten wie auch in den Regierungen.

Die wichtigsten Entscheide sind jedoch dem Einfluss der Parlamente und Regierungen ohnehin entzogen und werden von immer weniger und

immer grösseren Konzernen getroffen. Die Kontrolle dieser Grossunternehmen und Monopole wäre allerdings eine Aufgabe des Staates. Der Staat aber wird im Interesse der Besitzbürger von einer bürgerlichen Mehrheit verwaltet, die mit allen Mitteln den Einfluss des Staates auf das nötigste Minimum beschränkt halten will. Dadurch sind die Kapitalbesitzer in der Privatwirtschaft weiterhin frei, um mit der Arbeit anderer ihre Gewinne zu realisieren.

Parlament als Sackgasse

Da bei Wahlen und Abstimmungen also die finanziellen Mittel über die politische Macht entscheiden und die wichtigsten Entscheide gleichzeitig im staatsfreien Bereich der Privatwirtschaft gefällt werden, ist der politische Kampf nur auf der Ebene von Parlament und Regierung eine Sackgasse. Das soll nicht etwa heissen, der Kampf um Mehrheiten in Parlamenten und Regierungen und die politische Arbeit von unseren Vertretern in diesen Gremien sei nicht wichtig. Eine durch Wahlen errungene Mehrheit ist eine der nötigen Voraussetzungen, um eigentliche sozialistische Politik betreiben zu können. Solange wir uns als Sozialdemokraten auf diese Ebene der politischen Auseinandersetzung beschränken, wird es uns aber auch in Zukunft kaum gelingen, die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung grundlegend zu verändern.

Demokratie für die Abhängigen

In dieser ziemlich ausweglosen Situation hat ein Wissenschafter der deutschen Arbeiterbewegung und langjähriger Mitarbeiter der IG Metall namens Fritz Vilmar neue konstruktive Ideen entwickelt. Für uns Schweizer Sozialdemokraten eröffnen sich damit neue Perspektiven, falls wir bereit sind, uns aus der sturen Fixierung auf die parlamentarische Auseinandersetzung zu lösen und wieder auf eine vor 1918 zeitweise praktizierte Strategie zu besinnen.

Fritz Vilmar geht davon aus, dass Demokratie nicht bloss eine Staatsform sein soll, sondern ursprünglich Herrschaft des Volkes meint im Gegensatz zur Herrschaft der besitzenden Klasse. In einer Demokratie soll also nicht eine Klasse oder Schicht von Besitzbürgern und Bildungsbürgern über das Volk herrschen. In einer echten Demokratie sollte die gesamte Bevölkerung an Entscheiden, die alle betreffen, mitwirken können. Nicht bloss Unternehmer und Hauseigentümer, sondern auch alle bisher von ihnen Abhängigen sollten sich möglichst frei entfalten können. So verstandene Demokratie, die in alle Bereiche der Gesellschaft hineinreicht, deckt sich jedoch mit dem Ziel des Sozialismus, der Gleichheit und Freiheit für alle in allen Lebensbereichen verwirklichen will.

Demokratisierung an allen Fronten

Als Strategie auf das Ziel des Sozialismus hin empfiehlt Fritz Vilmar,

sich bereits heute überall um demokratisches Verhalten zu bemühen. Mit anderen Worten, jeder und jede Einzelne soll lernen, in den für ihn und für sie zugänglichen und lebenswichtigen Bereichen gemeinsam und mit anderen autoritäre Herrschaft erfolgreich zu bekämpfen, Gegenmacht zu organisieren und demokratische Mitbestimmung mit dem Ziel der Selbstverwaltung einzuüben. An dieser Gesamtdemokratisierung kann jeder Arbeiter und jede Angestellte, jede Hausfrau und jeder Mieter, jeder Schüler und jede Lehrerin mitarbeiten.

Je mehr auf diese Art Möglichkeiten echter politischer Teilnahme geschaffen werden, um so stärker wird das Selbstvertrauen der Beteiligten, die sich dann auch in anderen Bereichen zu engagieren und andere zu aktivieren beginnen. Zunehmendes politisches Bewusstsein und zunehmende Aktivierung helfen zudem, weiter demokratisches Verhalten und entsprechend demokratisierte Strukturen durchzusetzen, welche die Chancen zur politischen Teilnahme wiederum vervielfachen.

Diese Demokratisierung muss beschleunigt werden am Arbeitsplatz, in der Familie, im Wohnbereich und im Quartier, in der Schule und in politischen Organisationen. Je mehr diese Bereiche demokratisiert sind, um so schwieriger wird es sein, die Herrschaft des Kapitals noch aufrechtzuerhalten. Gegenmacht zu organisieren ist aber hauptsächlich in der wirtschaftlichen Produktion nötig, mit Hilfe von immer mehr Genossenschaften und selbstverwalteten Betrieben.

Eine solche Strategie der Demokratisierung und des Abbaus von autoritärer Herrschaft an allen Fronten erweist sich als ein Hebel, der das Bewusstsein um politische Interessenlagen, Zusammenhänge und Abhängigkeiten vorantreibt und in den Parlamenten gleichzeitig politischen Druck erzeugt zugunsten einer fortschrittlichen Politik, die im Interesse der Bevölkerungsmehrheit liegt. Parlamentspolitik im Interesse der Mehrheit von Lohnabhängigen, Mietern, Konsumenten und Umweltschützern und politischer Druck von selbstaktiven und engagierten Abhängigen sind zudem geeignet, einander gegenseitig zu verstärken.

Gesellschaftliche Zielvorstellungen

Der blosse Aufruf, in allen Lebensbereichen heute schon autoritäre Herrschaft abzubauen und demokratisches Verhalten einzuüben, kann natürlich nicht genügen. Was es weiter braucht, sind konkrete Hinweise, in welche Richtung die bereits angelaufenen Demokratisierungsbestrebungen gefördert werden sollen. Solche langfristigen Ziele haben wir in geduldiger Aufklärungsarbeit aktiv und unbeirrt zu vertreten, so dass sie von der Bevölkerungsmehrheit mittelfristig verstanden werden. Erst wenn eine Mehrheit der Bevölkerung einsieht, wie unvernünftig und schädlich es ist, dass eine Minderheit von Menschen auf Grund ihres privaten Kapitalbesitzes die anderen Menschen beherrscht, erst dann ist eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus erfüllt. Aber schon heute müs-

sen wir daran gehen, einen überzeugenden Entwurf zu einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorzulegen.

Alle grossen Privatunternehmen mit einer Machtstellung sollten in öffentliches Eigentum übergeführt und mittlere Unternehmen einer öffentlichen Kontrolle sowie der Selbstverwaltung ihrer Arbeitnehmer unterstellt werden. Privates Eigentum an Grund und Boden soll geschützt bleiben, sofern es den eigenen Wohn- und Arbeitsbedürfnissen dient. Durch Höchstpreisvorschriften und allfällige Kostenzuschüsse für ihre Produzenten sollten lebensnotwendige Waren und Dienstleistungen für alle erschwinglich werden. Alles übrige hingegen soll im Interesse der Konsumenten weiterhin oder wieder unter den Bedingungen des Wettbewerbs und nicht der Kartelle oder Monopole angeboten werden. Die bestehenden bürgerlichen Freiheiten schliesslich sollten selbstverständlich garantiert und so ausgebaut werden, dass sie nicht nur in erster Linie Unternehmern und Hauseigentümern, sondern wirklich der gesamten Bevölkerung zugute kommen.

Wenn wir als Bewegung für die Abhängigen glaubwürdig bleiben wollen, müssen unsere politischen Nahziele natürlich stets in die Richtung unserer langfristigen Ziele weisen. In diesem Sinne fordern wir ja Mitbestimmung auf allen Ebenen in der Privatwirtschaft, öffentliche Kontrolle der marktbeherrschenden Konzerne, stärkere Steuerbelastung und effektive Erfassung der hohen Einkommen und Vermögen, tiefe Taxen und Gebühren für öffentliche Leistungen, die von allen beansprucht werden, Ausbau der öffentlichen Leistungen, Abbau der Unternehmerwillkür durch Sozialgesetze, Mieterschutz, Konsumentenschutz und Umweltschutz.

Sozialismus braucht Vorbereitung

In der jetzigen Wirtschaftskrise ist die bürgerliche Klassengesellschaft für ihre Abhängigen wieder deutlicher sichtbar. Davon wegzukommen und zu einer echt demokratischen klassenfreien Gesellschaft zu gelangen, ist allerdings eine Angelegenheit von langdauernden politischen Kämpfen. Um auch nur die Anfangsphase zu erreichen und die allgemeine Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement sowie eine herrschaftskritische Einstellung zu erzeugen, werden wir eine Zeitspanne von mehreren Jahrzehnten benötigen.

Bisher war die Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung deshalb so wenig erfolgreich, weil im wesentlichen immer von einem Zwei-Phasen-Ablauf ausgegangen wurde: dass nach dem Kampf gegen den Kapitalismus ein revolutionärer oder parlamentarischer Machtwechsel die Phase des Sozialismus einleite. Es ist jedoch eine völlig unhistorische Sicht, anzunehmen, Gesellschaftsformen lägen nahtlos nacheinander. So hat die chinesische Kulturrevolution gezeigt, dass eine umfassende, langfristige Demokratisierungsbewegung auch nach Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln

noch lange nötig und fruchtbar ist. Ebenso kann der Sozialismus nicht einfach eines Tages eingeführt werden, sondern bedingt eine sehr lange Vorbereitung, die wir mit der Strategie der Demokratisierung in allen Lebensbereichen allerdings schon heute an die Hand nehmen können.

Diese von Fritz Vilmar aufgezeigte Strategie ist sicher mühsam und braucht sehr viel Zeit, führt aber zu Veränderungen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können, und damit zu einem gesellschaftlichen Wandel, der nicht mehr aufgehalten werden kann.

Ein taktisches Konzept

Schliesslich fragt sich, wie und wo denn die Gesamtdemokratisierung in erster Linie einsetzen soll. Von grundlegender Bedeutung ist sicher einmal eine nicht-autoritäre Erziehung, die das Selbstvertrauen des und der Einzelnen stärkt und zu ständiger Weiterbildung anregt. Jede Schulung und Bildung soll helfen, politische Interessenlagen, Abhängigkeiten und Zusammenhänge zu durchschauen. Damit andere Versuche zum Abbau von autoritärer Herrschaft gelingen können, ist es zudem sehr wichtig, dass wir die Vorherrschaft des Mannes gegenüber der Frau in der heutigen Gesellschaft abbauen.

Weiter ist entscheidend, dass möglichst viele in demokratischen Organisationen aktiv mitarbeiten, sei es in einer Partei, einer Gewerkschaft, einer Genossenschaft, einem Mieterverband, in Konsumentenvereinigungen, Bürgerinitiativen, Elterninitiativen, Nachbarschaftsgruppen, Quartierräten usw. Hier ist ein demokratischer Aufbau bereits vorhanden oder noch möglich. Autoritäres Verhalten und autoritäre Strukturen zu vermeiden ist aber auch hier noch für lange Zeit mühsam, und Rückfälle in autoritäres Verhalten werden noch lange vorkommen. Wir können jedoch das Selbstvertrauen aller Beteiligten stärken, zu weiterer politischer Aktivität und Teilnahme anregen und mit meistens sichtbarem Erfolg autoritäre Herrschaft bekämpfen, indem wir Gegenmacht mobilisieren.

Gleichzeitig sollten wir Sozialdemokraten und Gewerkschafter unsere Politik noch konsequenter auf die grosse Mehrheit der Abhängigen ausrichten sowie Impulse von traditionellen Organisationen unserer Bewegung, aber auch von neuen Zusammenschlüssen wie Bürgerinitiativen usw. nicht abwehren, sondern verarbeiten und weitertragen.

Die neue Avantgarde

Nahziele wie die genannten, die in eine langfristige Perspektive zur Überwindung der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eingebettet sind, können wir, wie schon erwähnt, auf der parlamentarischen Ebene allein, ohne die Abhängigen zu mobilisieren, aber kaum verwirklichen. Wir benötigen dazu als Bündnispartner eine Vielzahl befreundeter Organisationen von Lohnabhängigen, Mietern, Konsumenten und Umweltschützern, eine breite Basis von Wohnbau- und Produktivgenossenschaften,

eine weitreichende Infrastruktur kritischer Massenmedien sowie eine umfassende Gegenkultur. Es muss uns gelingen, statt Umsturzangst massenhafte Sympathie zu erzeugen, besonders auch bei der wachsenden Zahl von gut ausgebildeten und geschulten Abhängigen, die von unerträglichen Zuständen am Arbeitsplatz, im Wohnbereich, im Wohnquartier usw. genug haben und deshalb in bezug auf eine gesamtgesellschaftliche Demokratisierung die gesellschaftsbewusste und veränderungsbereite Avantgarde darstellen. Weil diese Abhängigen aber nicht revolutionär vorprogrammiert sind, können wir sie nicht durch schöne Parolen, sondern nur durch radikale und konkrete Aktionen mobilisieren, die ihnen mehr Rechte verschaffen und die Lebensqualität erhöhen. Es zeigt sich immer deutlicher, dass gerade diese gut ausgebildeten und geschulten Abhängigen am sensibelsten reagieren auf autoritäre Herrschaft, auf undemokratisches Verhalten und auch auf die Zerstörung der Umwelt. Hier liegen Energien brach, die es neben unseren traditionellen Wählerschichten zu gewinnen gilt im Hinblick auf unsere langfristig angelegte Politik des Wandels zu einer für alle freien und gerechten und damit zu einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Fritz Vilmar: «Strategien der Demokratisierung» — Band I: «Theorie der Praxis», Band II: «Modelle und Kämpfe der Praxis», Luchterhand Verlag.

Vom Verfasser Tony Tschudi sind im «Profil» erschienen: 12/1971, «Ansatz zu einer Strategie der SPS»; 1/1972, «Das taktische Konzept der SPS»; 4/1973, «Wo bleibt unsere Strategie seit 1959?»